

Deutschland, aber friedlich und gerecht!

Entwurf für den Leitantrag des Bundesparteitages am 6./7. Dezember in Magdeburg

Schwarz-Rot ist schon jetzt so unbeliebt wie die desolate Ampel nach drei Jahren. Friedrich Merz startete mit dem größten Wahlbetrug in der Geschichte der Bundesrepublik: einem gigantischen kreditfinanzierten Aufrüstungsprogramm. Seitdem hat der Kanzler nahezu jedes Wahlversprechen gebrochen. Die Wirtschaft ist angesichts hoher Energiepreise und unzureichender Investitionen weiter auf Talfahrt, Industrieunternehmen wandern ab und der Zustand unserer Infrastruktur ist eine Schande. Um das Wettrüsten finanzieren zu können, drohen rabiate Kürzungen bei sozialer Sicherheit, Gesundheit, Pflege und Rente. Machen Merz und Klingbeil bis 2029 weiter, werden wir unser Land kaum wiedererkennen.

Unterstützt wird die Aufrüstung durch mediale Stimmungsmache. Angeblich müssen wir hochrüsten, damit Putins Armee die NATO nicht überrollt. Tatsächlich ist die NATO Russland in allen konventionellen Waffenkategorien und in der Zahl der Soldaten längst um ein Vielfaches überlegen. Selbst die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Staaten übertreffen die der russischen Kriegswirtschaft deutlich.

Die Vorstellung, Russland würde die mächtigste Militärallianz der Welt angreifen und stünde morgen vor dem Brandenburger Tor, ist ein Phantomschmerz, der uns auf einen gefährlichen Weg führt. Entspannungspolitik und Interessenausgleich sind im Interesse Deutschlands und Europas. Statt größte Militärmacht Europas sollte unser Land Friedensmacht werden.

Die aktuelle Opposition im Bundestag ist ein Totalausfall. Den Grünen gehen die Waffenlieferungen an die Ukraine nicht weit genug und auch die Linke hat den Aufrüstungskrediten im Bundesrat zugestimmt. Grüne und Linke wollen die Energiesanktionen gegen Russland weiter verschärfen und nur durch die eilfertige Hilfe beider Parteien im Bundestag konnte Merz überhaupt so schnell Kanzler werden. Die AfD unterstützt das Wettrüsten, laviert bei der Wehrpflicht, will die Erben leistungsloser Millioneneinkommen von allen Steuern befreien und im Gegenzug soziale Leistungen kürzen.

Untersuchungsausschüsse sind das schärfste Schwert der Opposition. Die Opposition gibt dieses zentrale Element der Gewaltenteilung angesichts der Brandmauer sowie der aktuellen Mehrheitsverhältnisse jedoch aus der Hand. Sie klärt weder die Corona-Zeit, die Maskendeals noch den Anschlag auf Nord Stream auf. Nur ein nachträglicher Einzug des BSW

in den Deutschen Bundestag würde daher eine effektive Kontrolle der Bundesregierung ermöglichen.

Unser Kurswechsel: Für eine Wende 2026 und ein Revival des deutschen Erfolgsmodells.

Das BSW steht für eine gerechte Leistungsgesellschaft mit fairen Aufstiegschancen und einer starken Mitte. Wir sind die Kraft, die schützt, was Sie sich erarbeitet haben, und die die Grundlagen für den Wohlstand von morgen erneuert. Wir fordern eine Politik, die den Fleißigen und Leistungsträgern dient – vom Facharbeiter bis zum Handwerksmeister – und nicht globalen Finanzinvestoren, digitalen Datenkraken und ideologischen Eliten.

Die Menschen in unserem Land haben ein Recht darauf, in einem funktionierenden Staat zu leben. Ein Staat, der die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Mehrheit sowie die Rechte und Freiheiten seiner Bürger achtet und schützt. Vor allem aber haben die Menschen ein Recht darauf, in Frieden zu leben. Für diese Ziele legen wir uns mit dem politischen und medialen Establishment an.

Deutschland braucht eine souveräne Politik, die gute Beziehungen zu unseren Nachbarn in Ost wie West pflegt und sicherstellt, dass die Interessen unseres Landes nicht unter die Räder kommen. Wir setzen uns für eine neue Entspannungspolitik und fairen Handel in Verantwortung für Mensch und Umwelt ein.

Diejenigen, die unser Land mit ihrer Arbeit am Laufen halten, verdienen gute Löhne und im Alter auskömmliche Renten. Die Bürger können erwarten, dass die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt in der Lage ist, eine Infrastruktur zu unterhalten, für die man sich nicht schämen muss, und bezahlbare Mieten, Energie- und Lebensmittelpreise zu sichern. Zur Leistungsgerechtigkeit gehört, fairen Wettbewerb auf offenen Märkten zu sichern, Erbdynastien und die Konzentration wirtschaftlicher Macht zu verhindern, Milliardäre angemessen zu besteuern und zu verhindern, dass globale Konzerne und große Digitalunternehmen mittelständische Qualitätsanbieter vom Markt verdrängen.

Wer unverschuldet in Not gerät und viele Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, muss vor dem sozialen Absturz geschützt werden, solange er keine neue existenzsichernde Arbeit gefunden hat. Das erfordert Leistungen, die sich an der vorherigen Lohnhöhe orientieren, und eine Reform der Zumutbarkeitskriterien.

Die Bürgergeld-Reformen der Merz-Regierung treffen nicht in erster Linie Menschen, die unser System ausnutzen, sondern vor allem jene, die jetzt oder in Zukunft arbeitslos werden, weil die miserable Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu einem massiven Arbeitsplatzabbau in der deutschen Industrie führt. Für diese Menschen wird es kurzfristig kaum ihren Qualifikationen entsprechende Arbeitsplätze geben. Sie zusätzlich durch eine Verschlechterung ihrer sozialen Absicherung zu bestrafen, ist zynisch.

Wir setzen in den kommenden Monaten folgende Schwerpunkte

I. Gegen den Kriegskurs der Bundesregierung: Das BSW ist die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland!

Deutschland erlebt die größte Militarisierung seit 1945. Der Verteidigungsetat soll von 52 auf 153 Milliarden Euro im Jahr steigen. Das sind über 100 Milliarden Euro, die jedes Jahr für die Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt fehlen werden. Hinzu kommen die Sonderschulden, mit denen die jährlichen Militärausgaben 2029 bei 170 Mrd. Euro liegen sollen.

Diese wahnwitzige Hochrüstung verdrängt zivile Produktion und erzeugt hohe Zinslasten. Unsere Kinder und Enkel werden diese Aufrüstungskredite noch bezahlen, wenn die Panzer längst verrottet sind. Insgesamt kostet die Aufrüstung, die Merz und Klingbeil eingeleitet haben, um das 5-Prozent-Ziel der NATO zu erfüllen, eine vierköpfige Familie jedes Jahr 6400 Euro zusätzlich!

Jeder zweite Euro für Rüstung? Das Wettrüsten erhöht die Kriegsgefahr und ruiniert Wirtschaft und Sozialstaat! Wenn Deutschland in Zukunft tatsächlich fast die Hälfte des Bundeshaushalts für Waffen und Kriegsvorbereitung ausgeben will, werden unsere Renten-, Pflege- und Gesundheitssysteme das nicht überleben. Der Satz des Black Rock-Lobbyisten und Bundeskanzlers Merz, dass wir uns den Sozialstaat nicht mehr leisten können, wird dann zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

Mit Panzern und Drohnen statt Autos ist außerdem der Industriestandort Deutschland nicht zu retten. Anders als zivile Investitionen erhöhen Rüstungsausgaben die Wirtschaftskraft nicht. Der Rüstungssektor ist von Kartellen beherrscht und das Beschaffungswesen chronisch ineffizient. Angesichts knapper Kapazitäten und einer starken Verschränkung der Waffensysteme mit US-Technologien wird der Rüstungsboom vor allem amerikanische Auftragsbücher füllen, die Preise im Beschaffungswesen durch die Decke jagen und den Aktionären der Rüstungsfirmen die Taschen füllen!

Darum fordern wir:

- ✓ **Die Aufrüstung muss gestoppt werden!** Das BSW will die Rüstungsausgaben auf das Niveau des Jahres 2021 absenken und mindestens bis 2029 einfrieren. Bereits damals entsprachen die Verteidigungsausgaben dem Niveau der Atommacht Frankreich. Damit stünden genug Mittel für die Landesverteidigung zur Verfügung. Der Beschaffungsfilz im Verteidigungsministerium, der jährlich Milliarden verschlingt, muss endlich beendet werden! Mittelfristig müssen Rüstungskonzerne öffentlicher Kontrolle unterstellt werden, die übermäßigen Profite können durch eine Übergewinnsteuer abgeschöpft werden. Doch vor allem braucht es ein Ende der Hochrüstung und eine Rückkehr zu wirksamen Rüstungskontrollen und Abrüstungsverträgen.

- ✓ **Kein deutsches Steuergeld mehr für einen sinnlosen Krieg!** Die Bundesregierung hat der Ukraine Waffen im Wert von rund 50 Milliarden Euro geliefert – weitere 25 Milliarden Euro wurden zugesagt. Diese Waffenlieferungen erhöhen die Kriegsgefahr für Deutschland und verlängern den Krieg. Wir wollen die Waffenlieferungen in die Ukraine einstellen und die finanziellen Mittel im eigenen Land einsetzen.
- ✓ **Nein zur Wehrpflicht!** Die Bundesregierung spielt Russisch Roulette mit den Perspektiven junger Menschen. Per Los in den Krieg? Wir lehnen das neue Wehrdienstgesetz ab. Jugendliche brauchen gute Bildungschancen und Zukunftsperspektiven, wir werden nicht zulassen, dass sie in den Schützengräben der Welt ihr Leben lassen.
- ✓ **Deutschland nicht zur Zielscheibe machen - keine US-Mittelstreckenraketen in Deutschland!**

Die von Ex-Kanzler Scholz getroffene und von Kanzler Merz begrüßte Entscheidung, US-Mittelstreckenraketen in Deutschland zu stationieren, ist brandgefährlich. Diese Raketen dienen nicht der Landesverteidigung, sondern sind Angriffswaffen, die Moskau in kürzester Zeit erreichen können. Wir fordern, dass die deutsche Bevölkerung in einem Referendum über die Stationierung entscheidet. Immerhin ist es ihr Leben, das auf dem Spiel steht. Das BSW in Brandenburg hat im Koalitionsvertrag die Ablehnung dieser US-Mittelstreckenraketen fest verankert. Wir halten Wort!

Für eine souveräne europäische Sicherheitsarchitektur: Schluss mit der Unterwürfigkeit und dem Vasallentum gegenüber Washington. Wir kämpfen für ein souveränes Europa, das seine Sicherheitsinteressen selbst definiert und auf der Grundlage von Interessenausgleich und gemeinsamer Sicherheit mit allen Nachbarn, einschließlich Russlands, eine stabile Friedensordnung schafft. Deutschland muss die treibende Kraft für einen neuen Helsinki-Prozess werden, der auf Abrüstung, Vertrauensbildung und wirtschaftlicher Kooperation basiert.

Das BSW ist die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland. Wir brauchen wieder eine starke Friedensbewegung! Die Friedensdemos am 13. September und am 3. Oktober waren ein wichtiger Anfang!

II. Raus aus der Wirtschaftskrise! Mit einem 5-Punkte-Plan für wirtschaftliche Vernunft!

Robert Habeck ist weg, aber seine falsche Politik ist geblieben. Die neue Wirtschaftsministerin ist ähnlich überfordert wie ihr Vorgänger. In diesem Jahr droht das dritte Rezessionsjahr in Folge. Der private Konsum und die Investitionen sind eingebrochen. Faktisch stagniert die deutsche Wirtschaft seit 2019, die Industrieproduktion ist

eingebrochen. Deutschland ist in Sachen Wachstum Schlusslicht unter den Industriestaaten. Von der versprochenen Wirtschaftswende keine Spur!

Unser Land steckt tief in der „Merzession“ – ein Giftmix aus wachsenden Staatsschulden, stagnierender Wirtschaft und Produktivität, steigender Arbeitslosigkeit und Bildungsnotstand im Land der Ingenieure, Dichter und Denker. Trotz Sondervermögen verrotten unsere Brücken, Straßen, Schulen und Universitäten, weil die Regierung mit Buchungstricks ihren Haushalt entlastet, statt zusätzliche Investitionen zu finanzieren, viele Kommunen überschuldet sind und Kapazitäten in den Planungsämtern fehlen. Die Kommunen haben immer mehr Aufgaben zugewiesen bekommen, für die sie nicht finanziell ertüchtigt wurden. Wir benötigen daher eine Finanz-Reform zur Entlastung der Kommunen. Bildung und Ausbildung müssen als Grundlage für die langfristige Innovationsfähigkeit unseres Landes in den Mittelpunkt der politischen Anstrengungen rücken.

Der Pleitegeier kreist über der deutschen Wirtschaft. Immer mehr Beschäftigte verlieren aufgrund von Firmenpleiten ihren Job. Allein in der Autoindustrie wurden zuletzt 50.000 Jobs gestrichen. Hohe Energiepreise und bürokratische Regelungswut sind Konjunkturkiller. Die Bundesregierung lässt sich zudem von Donald Trump in einen Mehr-Fronten Wirtschaftskrieg mit Russland und China treiben. Durch die Konflikte um den Chiphersteller Nexperia droht bereits Kurzarbeit bei Volkswagen.

Unser Land braucht eine strategische Industriepolitik, die Abhängigkeiten in Zukunftsbranchen überwindet. Notwendig ist eine eigenständige Produktion von Chips und Halbleitern in der EU. Ein Industriefonds sollte Deutschland fit für die Zukunft machen und Forschung und Entwicklung vorantreiben. Der Fonds sollte zudem nach dem Vorbild der saarländischen Stahl-Rettung Industrien erhalten und ansiedeln. Wenn öffentliche Gelder genutzt werden, muss eine Bonanza bei Dividenden, Boni und Manager-Gehältern unterbunden werden sowie Tariftreue und Mitbestimmung in den Betrieben gesichert werden.

Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Zukunftsbranchen nach Deutschland – dafür steht das BSW! Die Wirtschaftswende kann durch verbesserte Abschreibungsregeln für Unternehmen und eine Deutschland-Anleihe unterstützt werden, die von der Bundesbank garantiert wird. Diese Deutschland-Anleihe verbindet eine **sichere Geldanlage** mit der Zukunft des Landes: Sie dient dem Wiederaufbau unserer Industrie und Infrastruktur - nicht der Finanzierung von Rüstungsausgaben! Eine Deutschland-Anleihe nach dem Vorbild der Bundesschatzbriefe würde den Bürgern einen langfristigen Vermögensaufbau und dem Staat sowie den Unternehmen eine günstige Finanzierung von strategischen Investitionen ermöglichen.

Der Mittelstand als Rückgrat des Wohlstands – Ein Pakt für die Realwirtschaft

Noch hat unser Land einen innovativen Mittelstand, der Millionen von Arbeitsplätzen sichert. Doch dieses Rückgrat unserer Wirtschaft wird zerrieben zwischen dem Bürokratie-Irrsinn aus

Berlin und Brüssel, explodierenden Energiekosten und dem unfairen Wettbewerb durch steuerflüchtige Digitalkonzerne. Das BSW ist der Verbündete kreativer Unternehmer und die einzige Partei, bei der erfolgreiche Unternehmer in der Parteiführung maßgeblich beim Aufbau der Partei mitgestalten. Unser 5-Punkte-Plan für wirtschaftliche Vernunft ist ein Pakt mit der Realwirtschaft: Wir senken die Energiekosten, schreddern die Bürokratie und sorgen dafür, dass globale Konzerne endlich ihren fairen Beitrag leisten. Wir schmieden eine Allianz der Leistungsträger – von der Pflegekraft, über den Facharbeiter bis zum Familienunternehmer. Denn ihr gemeinsamer Gegner ist eine Politik, die die Wünsche der US-Administration und die Interessen von Finanzinvestoren über die der heimischen Wirtschaft stellt.

Wir schlagen einen 5-Punkte-Plan gegen Wirtschaftskrise und Deindustrialisierung vor:

1. **Energiepreise runter!** Deutschland hat mit die höchsten Energiepreise weltweit. Den Einkauf fossiler Energieträger im Ausland wollen wir am Kriterium des niedrigsten Preises ausrichten und uns wieder um längerfristige Verträge bemühen. Wir fordern die Rückkehr zu preiswertem Pipeline-Gas und -Öl aus Russland und die Wiederinstandsetzung von Nord Stream 1 und 2. Das kann auch ein diplomatischer Türöffner im Ukraine-Krieg sein und macht uns unabhängiger von den USA.
2. **Verbrenner-Verbot weg!** Der Kanzler hatte vor der Wahl versprochen, das Verbrenner-Verbot ab 2035 zu kippen. Hier droht der nächste Wahlbetrug! Wer die Autoindustrie in Deutschland nicht ruinieren will, muss sie zu einem Hotspot einer neuen, verbrauchsarmen Verbrenner-Generation machen und mehrere Technologie-Pfade verfolgen sowie Forschung und Entwicklung bei neuen Antriebstechnologien vorantreiben.
3. **Für einen Bürokratie-Schredder!** Die Bürokratiekosten für Unternehmen sind auf 64 Milliarden Euro im Jahr geklettert. Auch hier hat die Bundesregierung viel angekündigt, aber bisher nichts geliefert. Während die Aufbewahrungspflichten der Banken für Steuerakten bei kriminellen Cum-Ex Geschäften verkürzt wurden und die Arbeitnehmerrechte unter Druck stehen, wird der Mittelstand durch ausufernde Berichtspflichten gegängelt. Das BSW will Bürokratieabbau nicht nur ankündigen, sondern real umsetzen. Wir sprechen uns für einen nationalen Beauftragten zur Entrümpelung des Bau- und Planungsrechts aus. Wenn kommunale Behörden nicht in einer festgelegten Frist über Investitionsvorhaben entscheiden, sind sie automatisch zu gewähren. Das bringt Beschleunigung und schafft Verbindlichkeit.
4. **CO₂-Preis abschaffen! Rüstung ist der größte Klimakiller.** Während Benzin und Diesel künstlich verteuert werden, wurden in den vergangenen Jahren tausende von Bahnkilometern stillgelegt. Der CO₂-Preis entfaltet kaum ökologische Lenkungswirkung. Er trifft einkommensschwache Haushalte am stärksten, während er

Bezieher hoher Einkommen nicht beeinflusst. Stattdessen braucht es eine strategische Investitionspolitik, etwa den Ausbau schneller Bahnverbindungen zwischen europäischen Metropolen, einen eng getakteten Nahverkehr (Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum durch Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken und Ausbau des Busverkehrs), eine verbesserte Verkehrsplanung durch Künstliche Intelligenz sowie eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Gesetze gegen geplanten Produktverschleiß.

5. **Netzentgelte sind Abzocke!** Die Stromnetzentgelte haben sich in den letzten zehn Jahren von 16 auf 33 Milliarden Euro mehr als verdoppelt, auch beim Gas explodieren die Abgaben. Die Netzbetreiber verbuchen Traumrenditen auf Kosten der Verbraucher und Betriebe. Deshalb gehören die Netze wieder in öffentliche Hand. Die Ökostromförderung, für die der Steuerzahler jährlich rund 20 Milliarden Euro zahlen muss, sollte entfallen.

III. Für eine gerechte Leistungsgesellschaft: Renten hoch, Geringverdiener und Mittelschicht entlasten!

Die Merz-Regierung sagt, für Ihre Rente, für gute Schulen und bezahlbare Pflege sei kein Geld da. Gleichzeitig will sie über 100 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für Panzer und Raketen ausgeben. Das ist keine Notwendigkeit, das ist eine politische Entscheidung gegen die arbeitende Mehrheit in diesem Land.

Die Deutschen sind ärmer geworden. Die Reallöhne sind auf das Niveau der Vor-Corona-Zeit gefallen. Seit 2021 haben sich die mittleren Einkommen nominal um 9,5 Prozent erhöht, die Inflation ist um 15,7 Prozent gestiegen. Unter dem Strich steht ein Minus von über sechs Prozent im Portemonnaie der Bürger. Mit einer gerechten Leistungsgesellschaft haben diese Kaufkraftverluste nichts zu tun. Angesichts dieser Zahlen ist es eine Unverschämtheit, dass der Bundeskanzler die Menschen auffordert, den Gürtel enger zu schnallen.

Die Rente ist das wahrscheinlich größte soziale Problem. Es ist perfide, wie die Generationen seit Wochen in der Rentendebatte gegeneinander ausgespielt werden. Dabei ist jede unterlassene Rentenerhöhung bei der heutigen Rentengeneration die nächste Lücke im Rentenbescheid junger Leute. Zudem sind die Rentenbeiträge heute nicht höher, sondern geringer als vor 20 Jahren. Das gilt – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – auch für den Steuerzuschuss für die Rente. Auf dem Niveau von damals müsste er um 30 Milliarden Euro höher liegen. Mit ihrer „Aktivrente“ will die Bundesregierung Rentner durch steuerliche Anreize zum „freiwilligen“ Weiterarbeiten bewegen, ein Hohn für die vielen Älteren, die trotz jahrzehntelanger Arbeit von ihren mickrigen Renten kaum leben können. Aber das ist erst der

Anfang: **Was heute „freiwillig“ ist, könnte bald zur Pflicht werden.** Die „Aktivrente“ ist der erste Schritt auf dem Weg zur Anhebung des Renteneintrittsalters und soll die Menschen an das längere Arbeiten gewöhnen. Führende Unionspolitiker wie Wirtschaftsministerin Reiche fordern bereits die Rente mit 70 oder gar 73. Was für eine Frechheit!

- ✓ Um das Renten-Problem in Deutschland zu lösen, brauchen wir kein höheres Renteneintrittsalter, sondern eine **Rentenreform nach dem Vorbild Österreichs!** Dort zahlen alle, auch Beamte, Selbständige und Politiker, in eine Rentenkasse ein und ein langjährig Versicherter erhält rund 800 Euro mehr Rente im Monat! Als Erstes sollten auch der Kanzler und alle Minister, die sich gerade erst rückwirkend eine saftige Gehaltserhöhung genehmigt haben, wie jeder normale Bürger Rentenbeiträge zahlen.
- ✓ Wir fordern ein Rentenfortpaket mit einer Rentenerhöhung und Steuerfreiheit von Renten bis zu einem Gesamteinkommen von 2000 Euro: **Damit würden die Renten netto um mindestens 100 Euro im Monat steigen.**

Um das Rentensystem langfristig zu stabilisieren, müssen wir die demografischen Herausforderungen meistern und Zusammenhalt in der Gesellschaft zwischen den Generationen fördern. Daher setzen wir uns für ein kinder- und familienfreundliches Land ein. Eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen, darf nicht mit dem Risiko einhergehen, wirtschaftlich abzustiegen. Wir kämpfen dafür, dass alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gute Chancen für ihre persönliche Entwicklung haben.

Die große Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdient zu wenig und zahlt zu viel: Fast jeder Zweite verdient unter 3.500 Euro brutto und die Abgaben sind so hoch wie in kaum einem anderen Land. Zu Jahresbeginn sind die Krankenbeiträge erneut gestiegen. Hohe Sozialabgaben belasten vor allem Geringverdiener und die Mittelschicht, weil Spitzenverdiener aus der Finanzierung der Sozialsysteme weitgehend entlassen sind. **Wir fordern mehr Brutto und mehr Netto vom Brutto für die fleißige Mehrheit im Land!**

- ✓ **Mindestlohn hoch auf 15 Euro und Tariftreue stärken!** Die SPD versprach, den Mindestlohn auf 15 Euro zu erhöhen: Der nächste Wahlbetrug, denn der Mindestlohn steigt zum 1. Januar nur auf 13,90 Euro. Das ist nicht nur eine Ohrfeige für rund zehn Millionen Beschäftigte, sondern auch teuer für die Allgemeinheit. Mit einem Mindestlohn von 15 Euro würden Sozial- und Steuerkassen Milliarden mehr einnehmen. Zudem muss die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen und Beihilfen durchgesetzt werden.
- ✓ **Krankenbeiträge und Steuern für kleine und mittlere Einkommen runter!** Die Krankenkassen zahlen jährlich rund zehn Milliarden Euro für Bürgergeldkosten, die der Bund tragen müsste. Es ist richtig, dass die Kassen dagegen klagen. Rechnet Lars Klingbeil korrekt ab, könnten die Krankenbeiträge - ohne Leistungskürzungen - sofort sinken. Zudem sollte der Zusatzbeitrag der Krankenkassen abgeschafft werden, was

Arbeitnehmer, Rentner und Betriebe erheblich entlasten würde – gegenfinanziert durch die Streichung der Beitragsbemessungsgrenze und den Einstieg in die Bürgerversicherung.

- ✓ **Extreme Vermögen gerecht besteuern!** Wir fordern die Reaktivierung der Vermögensteuer: Für Vermögen ab 25 Millionen Euro sollte ein Steuersatz von einem Prozent gelten, der ab 100 Millionen Euro Vermögen auf zwei Prozent und ab einer Milliarde Euro auf drei Prozent steigt. Privilegien bei der Erbschaftssteuer für sehr große Vermögen müssen abgeschafft werden.
- ✓ **Notwehr gegen Stahlzölle, US Big Techs besteuern!** Statt vor Donald Trumps Wirtschaftskrieg und den hohen Stahl- und Aluminiumzöllen einzuknicken, sollten wir Gegenmaßnahmen ergreifen und US Big Tech Konzerne entsprechend ihrer Umsätze in Deutschland mit einer Quellen- oder Strafsteuer belegen. Längerfristig darf Europa keine digitale Kolonie der US-Datenkraken bleiben, sondern braucht eine eigenständige digitale Infrastruktur.

IV. Das Leben bezahlbar machen: Preise für Lebensmittel, Energie und Mieten runter!

Noch nie war es so schwierig, in den Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Bürger müssen so viel für Wohnen ausgeben wie in kaum einem anderen EU-Land. Fast jeder vierte Mieter ist inzwischen von Armut bedroht. Die Strompreise für Haushalte sind die höchsten in ganz Europa. Die Lebensmittelpreise sind in den letzten vier Jahren explodiert und die Inflation ist weiterhin hoch.

Das Leben muss bezahlbar werden! Es braucht eine Politik, die die Preise vor allem für Lebensmittel und Energie deutlich senkt und den Mieten-Wahnsinn endlich stoppt!

- ✓ Die Mietpreisbremse bremst nicht. **Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel!** In allen Regionen, in denen es nicht mehr möglich ist, sich mit einem normalen Einkommen adäquaten Wohnraum zu leisten, **sollten die Mieten mindestens bis 2030 eingefroren werden.** Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterworfen werden und öffentliche Grundstücke sollten nur noch im Erbbaurecht vergeben sowie Bodenspekulation bekämpft werden. Der Wohnungsbau sollte durch öffentliche und gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen angekurbelt und durch zinsvergünstigte Kredite gefördert werden. Familien sollten beim Erwerb des ersten selbstgenutzten Eigenheims von der Grunderwerbsteuer befreit werden.

- ✓ Die **Stromsteuer sollte** nicht nur gesenkt, sondern **abgeschafft werden!** Steuern und Abgaben auf Energie sind viel zu hoch.
- ✓ **Lebensmittel müssen preiswerter werden**, anstatt sie durch staatliche Abgaben wie eine diskutierte Fleischsteuer noch teurer zu machen. Sinnvoll wäre eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf null Prozent für Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Getreide, Milchprodukte, sowie Obst und Gemüse. Damit Steuersenkungen allerdings auch beim Kunden ankommen, braucht es entweder mehr Wettbewerb oder eine wirksame Preisaufsicht bei Lebensmitteln und im Energiebereich nach Schweizer Vorbild.
- ✓ Statt Prämien nur für E-Autos brauchen wir eine Innovationsprämie, die die Anschaffung emissionsarmer PKWs unabhängig von der gewählten Technologie fördert.

V. Für eine humane Migrationspolitik der Vernunft und Kontrolle

Wer verfolgt wird, braucht Schutz. Gleichzeitig ist klar: Ein funktionierender Sozialstaat und gelingende Integration sind ohne eine wirksame Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung nicht möglich. Wir fordern daher:

- ✓ **Rechtsstaatliche Asylverfahren** an den EU-Außengrenzen oder in sicheren Drittstaaten.
- ✓ **Eine konsequente Rückführung** von abgelehnten Asylbewerbern und ausländischen Straftätern.
- ✓ **Ein Ende der unkontrollierten Migration**, die unsere Kommunen überfordert und zu Lohndumping auf dem Arbeitsmarkt führt. Eine Politik, die die Kontrolle verliert, schadet am Ende allen – den hier Lebenden wie den wirklich Schutzbedürftigen.
- ✓ **Eine Bekämpfung von Fluchtursachen wie Kriegen und Regime-Sturz, Waffenexporten in Krisengebieten sowie einer Handels- und Nachbarschaftspolitik, die ökonomische Perspektiven in den Herkunftsstaaten zerstört.**

VI. Umweltpolitik mit Vernunft – Innovation statt Ideologie

Wir nehmen die ökologischen Herausforderungen unserer Zeit ernst. Doch wir lehnen eine Politik ab, die den Bürgern mit immer neuen Steuern und Verboten das Leben schwer macht, während sie die Deindustrialisierung unseres Landes vorantreibt. Unser Weg ist ein anderer: Wir setzen auf die Innovationskraft unseres Mittelstands und die technologische

Spitzenleistung unserer Ingenieure. Statt ideologischer Symbolpolitik fordern wir eine Umweltpolitik der Vernunft:

- ✓ **Kreislaufwirtschaft stärken:** Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe fördern und Deutschland zum Vorreiter bei Recycling und Materialeffizienz machen.
- ✓ **Innovation fördern, nicht verbieten:** Statt Technologien wie den modernen Verbrennungsmotor zu verbieten, setzen wir auf Forschungsoffensiven für mehr Effizienz und neue Antriebsarten.
- ✓ **Reparieren statt Wegwerfen:** Wir wollen Gesetze gegen geplanten Produktverschleiß, um die Lebensdauer von Geräten zu verlängern und Müllberge zu reduzieren.
- ✓ **Intelligente Infrastruktur:** Wir fördern den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und setzen auf digitale Verkehrssteuerung durch KI, um Staus und Emissionen zu reduzieren, ohne die individuelle Mobilität einzuschränken.

VII. Demokratie erneuern: Für freie Debatten und Meinungsvielfalt statt Cancel Culture und Maulkörbe!

Unser Land befindet sich auf einer abschüssigen Bahn in Richtung Autoritarismus. Die zunehmende Militarisierung unserer Gesellschaft geht einher mit einer weiteren Verengung des Meinungskorridors. Regierungskritische Stimmen werden diffamiert, sozial unter Druck gesetzt, immer häufiger sogar strafrechtlich verfolgt. Unter dem Vorwand der „Desinformation“ werden die Sozialen Medien einer immer offeneren Zensur unterworfen, wobei die Algorithmen der Tech-Konzerne ohnehin zunehmend bestimmen, was wir lesen und denken.

Wer sich in Opposition zum medialen Mainstream und zu den alten Parteien befindet, wird oft als „Putinverstehender“, „Covidiot“ oder „Verschwörungstheoretiker“ abqualifiziert. Das Verbot bestimmter Meinungen, Publikationsorgane und sogar ganzer Parteien wird von Vertretern der selbsternannten „demokratischen Mitte“ immer leichtfertiger gefordert. Dieser Entwicklung stellen wir uns konsequent entgegen. Eine lebendige Demokratie braucht Kritik, Widerspruch, offene Debatten und rationalen Streit um das beste Argument – nicht moralisierende Belehrung, und schon gar nicht immer mehr Überwachung und Verbote. Die Meinungsfreiheit wird sowohl von linker Cancel Culture als auch von rechts bedroht, wie die Angriffe der US-Regierung auf die freie Meinungsäußerung und willkürliche Verhaftungen und Einreiseverbote belegen.

- ✓ **Das BSW ist die Partei der demokratischen Erneuerung und echter Meinungsfreiheit!** Wir fordern mehr direkte Demokratie, Volksentscheide (z.B. über die Einführung eines Rentensystems wie in Österreich) und eine stärkere Beteiligung

der Bürgerinnen und Bürger. Gegen Sprachdiktate und Denkverbote, gegen Überwachung und sozialen Konformitätsdruck setzen wir auf Meinungsfreiheit und Respekt. Auch die junge Generation möchte sich nicht den Mund verbieten lassen, sondern frei und selbstbestimmt über ihr Leben entscheiden. Richtig so!

- ✓ **Die Politik der Bundesregierung ist der rote Teppich für die AfD ins Kanzleramt. Während die Altparteien eine Brandmauer errichten, die die AfD nur stärker macht, stellen wir sie politisch.** Die etablierten Parteien und weite Teile der Medien haben dafür gesorgt, dass politische Argumente als falsch gelten, wenn sie von „den Falschen“ geäußert werden. Damit ermöglicht man der AfD zu kontrollieren, was gesagt werden darf. Einschüchterung und Konformitätsdruck spalten die Gesellschaft, vernichten die Debattenkultur und stärken extremistische Kräfte.
- ✓ **Für eine Reform des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks!** Cancel Culture und der aktuelle Zustand des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks (ÖRR) polarisieren das Land, anstatt durch ein breit vermitteltes Meinungsspektrum für Akzeptanz zu sorgen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Rundfunkbeitrag sollte ein Warnschuss sein. Ob bei Corona, Klima, Migration oder Ukraine-Krieg: Eine ausgewogene Berichterstattung sucht man vergebens. Der ÖRR könnte ein Korrektiv zu privater Meinungsmacht sein, würde er seiner Aufgabe gerecht werden und die Meinungsvielfalt repräsentieren. Soll das Vertrauen in die Öffentlich-Rechtlichen nicht noch weiter in den Keller rauschen, braucht es große Reformen: bei Programm, Strukturen, Kosten und Intendantengehältern. Der Rundfunkbeitrag sollte sich für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen auf zehn Euro im Monat halbieren. Wir unterstützen das Manifest von Journalisten des ÖRR für eine Reform des ÖRR sowie innere Rundfunkfreiheit. Der Einfluss von Parteien auf den ÖRR muss zurückgedrängt werden.

Ist Merz ein legitimer Kanzler? Wer nicht nachzählen will, ist kein Demokrat: Das Ergebnis der Bundestagswahl muss überprüft werden!

Friedrich Merz ist sehr wahrscheinlich der erste Bundeskanzler, der ohne demokratische Legitimation ins Amt gekommen ist. Sicher ist: Die Bundestagswahl wurde nicht korrekt ausgezählt. Das hat das BSW in unzähligen Fällen bewiesen. Sehr wahrscheinlich ist: Bei korrekter Neuauszählung käme das BSW über fünf Prozent und damit in den Bundestag.

Es gab bei der Bundestagswahl belegbar systematische Zählfehler und Unregelmäßigkeiten zulasten des BSW. Allein durch Überprüfung eines verschwindend geringen Bruchteils der Wahllokale wurden zwischen vorläufigem und amtlichem Endergebnis über 4000 Stimmen zusätzlich für das BSW "gefunden", das waren 60 Prozent aller korrigierten Stimmen. Für eine 5-Prozent-Partei ist das absolut ungewöhnlich. Selbst Landeswahlleiter erkennen in ihrer

Stellungnahme für den Wahlprüfungsausschuss an, dass in der Kürze der Zeit bei Weitem nicht alle Fehler ausgeräumt werden konnten. Bei einer flächendeckenden Überprüfung würden sehr wahrscheinlich weit mehr als 9500 Stimmen ermittelt, die von den Wählern für das BSW abgegeben, aber fälschlich anderen Parteien zugerechnet oder als ungültig gewertet wurden.

Wir sind es unseren rund 2,5 Millionen Wählerinnen und Wählern schuldig, alles zu unternehmen, dass jede Stimme, die für das BSW abgegeben wurde, auch für das BSW gezählt wird. Es darf nicht sein, dass einer Partei der Einzug in den Bundestag verwehrt wird, die tatsächlich von mehr als fünf Prozent der Wähler gewählt wurde. Da geht es nicht nur um das BSW, sondern um eine Grundfrage der Demokratie, zu der rechtmäßig ablaufende Wahlen und korrekte Auszählungen elementar dazugehören.

Immer mehr Experten, darunter Statistiker, Politikwissenschaftler, ehemalige Verfassungsrichter und sogar CDU-Abgeordnete, unterstützen eine Neuauszählung der Bundestagswahl, aber weiterhin steht – ein dreiviertel Jahr nach der Wahl - eine Entscheidung des Wahlprüfungsausschusses aus! Das ist ein grobes Foulspiel der selbsternannten „demokratischen Mitte“. Sollte der Bundestag eine Neuauszählung blockieren, werden wir nach Karlsruhe gehen! In unserem Land funktioniert vieles nicht mehr so wie noch vor einigen Jahren. Wenn man sich nicht mal mehr auf korrekte Wahlen verlassen kann, wäre das beschämend für unsere Demokratie! Das BSW wird im Bundestag für eine Reform des Wahlrechts und eine zügigere Wahlprüfung streiten, die direkt beim Bundesverfassungsgericht angesiedelt ist. Denn der Bundestag darf nicht Richter in eigener Sache sein.

VIII. Die Jungen klagen an: Ihr verspielt unsere Zukunft!

Während das Kartell der alten Parteien über die Köpfe der Menschen hinweg eine Politik des Sozialabbaus und der Kriegstreiberei voranbringt, wächst eine neue Generation heran, in der viele nicht mehr bereit sind, sich ihre Zukunft unwidersprochen nehmen zu lassen. Überall im Land organisieren sich junge Menschen in den neuen Jugendverbänden des BSW. Sie sind Ausdruck eines neuen Aufbruchs und der wachsenden Entschlossenheit, die politische Ohnmacht zu beenden. Denn die Jungen wissen: wenn die Politik sich nicht grundlegend ändert, wird es ihnen nicht besser, sondern deutlich schlechter gehen als ihren Eltern.

Die Jungen klagen an:

- ✓ **Ihr stehlt unsere Perspektiven!** Ihr redet von einem „Kriegskurs“ und genehmigt gigantische, kreditfinanzierte Aufrüstungsprogramme, die unsere Kinder und Enkel noch bezahlen werden. Jeder Euro, der in Panzer und Raketen fließt, fehlt für unsere Bildung, für moderne Schulen und Universitäten, für bezahlbaren Wohnraum und für

eine intakte Infrastruktur. Ihr nehmt uns die Aufstiegschancen und hinterlasst uns marode Bildungseinrichtungen und einen Berg von Schulden. Wir fordern:

Investitionen in Köpfe statt in Waffen!

- ✓ **Ihr bedroht unsere Freiheit und Selbstbestimmung!** Ihr spielt Russisch Roulette mit unserem Leben, wenn ihr über die Wiedereinführung der Wehrpflicht fantasiert. Wir verwehren uns dagegen, als Kanonenfutter für geopolitische Interessen missbraucht zu werden. Unser Recht auf eine selbstbestimmte Zukunft ist nicht verhandelbar. Gleichzeitig verengt Ihr den Meinungskorridor und versucht, uns mit Denkverboten und Cancel Culture mundtot zu machen. Wir aber fordern unser demokratisches Recht auf eine freie und offene Debatte. **Wir lassen uns den Mund nicht verbieten!**
- ✓ **Ihr verrätet den Leistungsgrundsatz!** Ihr sprecht von „Chancengleichheit“, während ihr zuseht, wie unser Industrieland ruiniert wird und sichere Arbeitsplätze verschwinden. Echte Chancengleichheit bedeutet das Recht auf eine exzellente Ausbildung und einen ordentlich bezahlten Job, mit dem man eine Familie gründen und sich etwas aufbauen kann. **Wir wollen ein Land, in dem Leistung sich wieder lohnt und der Aufstieg durch eigene Kraft wieder möglich ist – unabhängig von der Herkunft.**

Das BSW ist die politische Kraft dieser neuen, widerständigen Generation. Wir stehen für eine Politik, die der Jugend wieder eine Zukunft gibt: Eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. Wir rufen die Jungen auf: Schließt euch uns an! Lasst uns gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft kämpfen, in einem souveränen, friedlichen und gerechten Deutschland.

Unser Ziel für Deutschland: Die Wende 2026!

Wir haben trotz der Enttäuschung über den (vorläufig) verpassten Einzug in den Bundestag das beste Wahlergebnis einer neuen Partei bei einer Bundestagswahl erzielt. Auch vorerst ohne Bundestagsfraktion machen wir von uns reden. **Wir sind vorbereitet auf das Superwahljahr 2026.** Wir wachsen rasant: Zum Jahresende werden wir über 10 000 Mitglieder haben und wir wollen weiterwachsen. Die Zeit der restriktiven Aufnahmepolitik unserer Partei ist vorbei.

Mittlerweile gibt es über 100 Kreisverbände, die vor Ort mit viel Engagement die Arbeit aufnehmen. Die vielen neuen Mitglieder zeigen, wie groß der Wunsch nach echter Veränderung ist. Das BSW verankert sich in den Regionen und stellt sich auf ein breites Fundament.

Das ist eine gute Basis für die Herausforderungen des kommenden Jahres. In acht Bundesländern wird 2026 gewählt. Im März sind Kommunalwahlen in Bayern und Hessen

sowie Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Im September sind Kommunalwahlen in Niedersachsen und Berlin sowie Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. **In zehn Monaten wollen wir mindestens in allen ostdeutschen Landtagen vertreten sein. Für uns ist klar, mit uns gibt es kein politisches Weiter-so. Wir sind angetreten, die Politik zu verändern und nicht den Status Quo zu zementieren.** Darum stehen wir für Koalitionen nicht zur Verfügung, deren einzige Gemeinsamkeit es ist, die AfD aus der Regierung zu halten. Aber nicht nur eine All-Parteien-Anti-AfD-Koalition, auch eine AfD-geführte Regierung wird von rund der Hälfte der Wähler abgelehnt. In dieser polarisierten Situation müssen neue Wege beschritten werden. Eine Expertenregierung aus anerkannten Persönlichkeiten, die mit wechselnden Mehrheiten regiert, hätte die Chance, auf breiterer Grundlage Vertrauen zurückzugewinnen. Wir setzen uns für neue Wege ein und sagen zu: Wir werden Anträge im Bundestag und Landtag immer in der Sache und nicht nach dem Absender bewerten.

Um erfolgreich in die Zukunft zu gehen, braucht es auch einen kritischen Blick zurück. Nach den großen Erfolgen in unserem Gründungsjahr bei den Europa- und Landtagswahlen und dem wahrscheinlichen Überspringen der 5-Prozenthürde bei der Bundestagswahl haben wir bei den folgenden Wahlen enttäuschende Ergebnisse erzielt. Unser Versuch, durch kontrolliertes Mitgliederwachstum die Partei vor Glücksrittern und Karrieristen zu schützen und erst die nötigen Strukturen für eine Integration von Mitgliedern zu schaffen, hat leider auch Motivation und Vertrauen bei vielen konstruktiven und engagierten Unterstützern gekostet. Unsere schnellen Regierungsbeteiligungen - insbesondere die schwierige Patt-Koalition mit CDU und SPD in Thüringen - haben trotz unserer Erfolge bei der Ertüchtigung der kommunalen Investitionen oder unserer Ablehnung der Kriegskredite im Bundesrat Wähler enttäuscht und unseren Aufschwung gebremst.

Daher gilt es Fehler, die gemacht wurden, zu erkennen und daraus zu lernen. Wir brauchen ein aktiveres Parteileben und mehr Raum für Debatten. Die Kommunikation vom Vorstand in die Mitgliedschaft muss stetiger und die Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten für die Mitglieder müssen besser werden. **Unser Profil, das im für uns zentralen Bereich der Friedenspolitik bereits klar hervortritt, muss auch bezüglich der anderen Säulen unserer Partei also der Leistungsgerechtigkeit, der wirtschaftlichen Vernunft und der Freiheit, klarer und stärker werden. Wahlen werden nicht allein mit Außenpolitik gewonnen.**

Dazu richten wir im Bund und den Ländern Facharbeitsgruppen ein, erarbeiten gemeinsam Antworten auf die Fragen unserer Zeit gemäß unserem Grundsatzprogramm und schaffen Angebote zur politischen Bildung. Uns alle eint das gemeinsame Ziel, unser Land zu einem besseren zu machen und den Menschen, die sich zu Recht enttäuscht von den alten Parteien abgewandt haben, eine neue politische Heimat zu geben.